

Es gibt ein Land in Europa, dessen Schüler von Georgi Dimitroff und seiner historisch außerordentlich bedeutenden Enttarnung des Faschismus nie gehört haben, sofern sich die Erzieher an die regierungsamtliche Linie halten und die Jugendlichen nicht DDR-Sendungen verfolgen. Davon kann man sich beim Spaziergang mit westdeutschen Abiturienten und Studenten durch Leipzig überzeugen. Dortzulande gilt Hitler unter Kindern als „der größte Lehrer der Soldaten“. Der Hitlernachfolger Dönitz darf, „aufrecht wie in seiner Soldatenzeit... vor über 300 Mädchen und Jungen der Oberklassen“ (des Goethischen Gymnasiums) seine Untaten verherrlichen und als „Geschichtslehrer“ fungieren.

Die obigen Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen, sind Auswirkungen des im Wesen durch und durch revanchistischen und militaristischen Geschichtsunterrichts der Bundesrepublik. Es handelt sich um gewollte und gezielte Ergebnisse der Bildungspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, von denen wir nicht erst heute waren.

Die Geschichtslehrbücher verschiedenster westdeutscher Verlage, äußerlich oft sehr gut ausgestattet, können uns nicht über fast allen gemeinsame inhaltliche Mängel, über Unwahrheiten und Unwissenschaftlichkeiten hinwegtäuschen. Es gibt graduelle Unterschiede. Das variable Vorgehen der insgesamt vorherrschenden Rothfahlgewerkschaft ist aber nicht weniger antikommunistisch als das der heute nicht mehr ganz befähigten Gruppe um Hitler. Der Antikommunismus, die Grundidee unseres Jahrhunderts, ist zugleich Ziel, Leitlinie und Auswahlprinzip für den offiziellen westdeutschen Geschichtsunterricht.

Die vom Bonner Staat durchgesetzten Prinzipien lassen sich davon ausgehend in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Ein entscheidender Angelpunkt für die Durchsetzung des Antikommunismus ist die sogenannte „Totalitarismus-Dok-

Schulbüchern nicht so wörtlich sagt wie in der Springschere – daß der zweite Weltkrieg doch eigentlich eine „große Zeit der Bewährung“ war. Daß er verloren ging, wird der Unfähigkeit Hitlers zugeschrieben („Ein toter Hund bellt nicht mehr“). Er habe im übrigen manches Gute getan (Überschriften in einem Lehrbuch „Adolf Hitler vereint die Deutschen im Dritten Reich“, „Hitlers Maßlosigkeit entfesselte den zweiten Weltkrieg“).

Als Beispiel mag hier eine Folge von Bildern auf zehn Seiten eines Lehrbuches für die Volksschule gelten, deren raffinierte Auswahl und Benennung man beachte:

- S. 138: Deutschland mit den eingegliederten Gebieten, 1939;
- S. 139: Der englische Ministerpräsident Chamberlain trifft in München ein, 1938;
- S. 140: Deutsche Soldaten des zweiten Weltkrieges. Von links nach rechts: Fallschirmjäger... U-Boot-Offizier;
- S. 141: Deutsche Panzer beim Angriff in Rußland;
- S. 143: Deutsches U-Boot wird von feindlichen Tiefliegern beschossen;
- S. 143: Deutsche Truppen im Winterkrieg in Rußland 1942/43;
- S. 144: Landung der Engländer und Amerikaner an der Normandieküste, 1944;
- S. 148: Amerikanische Panzer besetzen München-Gladbach;
- S. 148: Jalta;
- S. 147: Deutsche Flüchtlinge aus dem Osten, 1945.

Die Ursache der Kriege nicht nennen, heißt die Hintermänner und treibenden Kräfte dem Licht der Öffentlichkeit entziehen.

5. Die „europäische Gemeinschaft“ unter westdeutscher Führung wird bereits bei Behandlung des Altertums vorbereitet, christlich drapiert und gegenüber dem „niederentwickelten“ Osten abgehoben: „In sei-

Andererseits ist, besonders seit 1961, auch im Bereich des geschichtlichen Denkens aus einem Unbehagen gegenüber der sturen Bonner Staatsdoktrin eine teilweise Besinnung und realistischere Auffassung hervorgegangen, die eine ständige Differenzierung bedingt. In der Geschichtsforschung der Bundesrepublik sehen wir Leute wie Fritz Fischer, Geiß und andere, die mehr oder weniger die Ursachen des Faschismus, seine Verflechtung mit dem Monopolkapital und die daraus für Westdeutschland heute entstehenden Gefahren erkennen. In den Reihen des DGB mehren sich die Stimmen, die die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse wieder aufgreifen und Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen versuchen. Die Ausstellung der IG-Metall 1962, das „Handbuch der Vertrauensleute“ mögen dafür zeugen.

Wir finden Lehrbücher von Renate Riemek, die zum Teil verboten wurden, in denen es heißt: „Jedermann wünscht, daß der Frieden erhalten bleiben möge... Von manchen Leuten kannst du sagen hören, daß eine Welt, in der alle Völker friedlich miteinander leben werden, nur ein Traum sei. Aber es liegt an uns – auch an dir! –, ob der Traum Wirklichkeit werden kann oder nicht. Wir müssen alle bereit sein, dafür unser Herz, unseren Verstand und unsere Arbeitskraft einzusetzen.“

Heumann und Heerdt nennen als „böse Taten“ die Kriege und als „gute Taten“ Werke des Friedens und der Kunst.

Aber, das sind noch seltene Ausnahmen, und ihre Verfasser werden in Mikrokredit gebracht, wie es die Entlassung von Frau Riemek zeigte.

Wenn die Mehrheit der Geschichtslehrer und -studenten der offiziellen Linie folgt, so ist damit nicht gesagt, daß die Zahl derer, die anders lehrt und nicht, gering zu schätzen sei. Es werden marxistische Geschichtsbücher verwendet, Referate und Seminare

Neue VAR-Verfassung Ausdruck nationaldemokratischer Entwicklung

Von Ingo Schönfelder,
Wiss. Ass. am Orientalischen Institut



scheidung zustande gekommene Einheit mit Syrien. Das Verfassungsgesetz enthielt keine größeren Unterschiede zur ägyptischen Verfassung von 1966, wenn man von einigen institutionellen Umgestaltungen absieht.

Eine bei weitem entscheidendere Bedeutung für die innere Entwicklung der VAR als das verfassungsrechtliche Intermezzo von 1968 hat die provisorische Verfassung vom 25. März vorigen Jahres. Die provisorische Verfassung, die bis zum Erlass einer ständigen Verfassung durch die Nationalversammlung gültig sein wird, charakterisiert in der neuen Etappe der ägyptischen Revolution seit 1960/61 – der nichtkapitalistischen Etappe – einen entscheidenden Wendepunkt: Standen im Vordergrund der revolutionären Veränderungen zu Beginn der 60er Jahre ökonomische Maßnahmen, so vollzogen sich im Jahre 1964 vor allem wesentliche Änderungen auf politisch-staatlichem Gebiet, deren hervor- stichendstes Merkmal die neue Verfassung ist.

Sie basiert auf der im Jahre 1962 angenommenen Nationalcharta, als dem bedeutendsten Dokument des Überganges von der Ideologie des Nationalismus zur Ideologie des Sozialismus nationalen Typus. Die Ideologie entspricht der nationaldemokratischen Entwicklung, die den Übergangscharakter der sozialökonomischen Verhältnisse widerspiegelt und eine Mischung von Übergangsmächten, bestehend aus kleinbürgerlichem und proletarischem Sozialismus, ist.

Auf dieser ideologischen Grundlage ausgearbeitet, stellt die VAR-Verfassung von 1964 den konzentriertesten rechtlichen Ausdruck der nationaldemokratischen Revolution der VAR dar.

Zwei Gesichtspunkte kennzeichnen die Verfassung der VAR:

a) Sie spiegelt in rechtlicher Form die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der VAR wider und verankert damit verfassungsrechtlich vor allem die seit Beginn der 60er Jahre durchgeführten ökonomischen Reformen – den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg.

Deutlichen Ausdruck findet das in Kapitel II. Hier werden die verschiedenen existierenden Eigentumsformen (Staatsbesitz, Genossenschaftsbesitz, Privatbesitz) und ihre Wirkungsweise genannt (Art. 13); darüber hinaus wird festgelegt, daß die Wirtschaft des Staates auf dem sozialistischen System beruht und jede Form der Ausbeutung verboten ist (Art. 9); daß das Volk über alle Produktionsmittel und über das Mehrprodukt gemäß dem vom Staat aufgestellten Entwicklungsplan verfügt (Art. 12) usw.

In diesem Punkt erfüllt die Verfassung also vorwiegend die Funktion des Schutzes des bereits Erreichten.

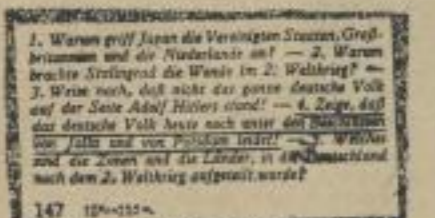
b) Die Verfassung bringt jedoch auch deutlich eine Tendenz zur Demokratisierung des politischen Lebens auf der Grundlage der Anerkennung der Existenz verschiedener in der VAR schon ziemlich ausgeprägter Klassen und Schichten der Gesellschaft zum Ausdruck, ohne die Auffassung von der Klassenharmonie vollkommen zu verwerfen. Seinen Niederschlag findet diese Tendenz in den Bestimmungen über die Zusammensetzung des neuen Parlaments (50 Prozent Arbeiter und Bauern) als Vorbild für alle zu bildenden Vertretungskörperschaften; aber auch darin, daß die Kontrollmöglichkeiten der Legislative über die Exekutive erweitert wurden. So ist heute das Kabinett dem Parlament verantwortlich (Art. 48; 82/83); einzelnen Ministern oder der gesamten Regierung kann das Vertrauen entzogen werden (Art. 84); der Präsident wird vom Parlament nominiert (Art. 102) und kann „bei Hochverrat und Untreue gegen das republikanische System“ zur Verantwortung gezogen werden (Art. 112).

Auch in der politischen Praxis der VAR wird diese Demokratisierung durch die Freilassung der politischen Gefangenen, die begonnenen Veränderungen im Staatsapparat usw. deutlich. In diesem Punkt, im Unterschied zum erstgenannten, erfüllt die Verfassung schwerpunktmäßig ihre Funktion als Hebel der gesellschaftlichen Entwicklung, als rechtliche Grundlage für die objektiv notwendig gewordenen und subjektiv von der Staatsspitze angestrebten Umgestaltungen im Überbau der ägyptischen Gesellschaft. Insofern ist die neue Verfassung gleichzeitig Ausdruck eines Wendepunktes in der nichtkapitalistischen Entwicklungsetappe der VAR, da sie den Weg zu einem Staat der nationalen Demokratie eröffnet. Die gegenwärtige Entwicklung der VAR verspricht eine erfolgreiche Beendigung der nationaldemokratischen Revolution. Die Einheit von nichtkapitalistischer Entwicklung und nationaler Demokratie bietet dafür die sicherste Garantie.

Dimitroff unbekannt Hitler „ein großer Führer“

Antikommunismus im
westdeutschen Schulwesen
Von Dr. Hans Wermes

trin“. Am 7.7.1962 beschloß die Ständige Konferenz der (westdeutschen) Kultusminister, „Richtlinien zur Behandlung des Totalitarismus im Unterricht“, die die Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus verlangen. Wir lesen zum Beispiel: „Die Entstehung des Hitlerstaates durchschauen heißt zugleich die Technik kommunistischer Machtverfestigung und kommunistischen Machtausbaus durchschauen, die manche verblüffende Ähnlichkeit mit der national-



sozialistischen aufweist...“ Es wird den Geschichtslehrern als Vergleich vorgeschlagen: „Regeln des demokratischen Zusammenlebens (dafür soll die Bonner Patentdemokratie herhalten) – die Lebensordnung der SS und der Mitglieder der kommunistischen Parteien.“

Die Abscheu gegenüber der Hitlerzeit und dem zweiten Weltkrieg soll auf die sozialistischen Länder und auf die Kommunisten übertragen werden. Es wird an das Denken des satten Bundesbürgers angeknüpft und eine „Begründung“ der aggressiven Bonner Politik gegeben. Man geht von falsch interpretierten Merkmalen aus – das Vorhandensein einer Partei (NSDAP oder eine KP) erlaube keine Demokratie – und vermerkt verständlicherweise tadelnd eine Stellungnahme zum Wesen der Demokratie.

2. Direkt vom Revanchegedanken ausgehend wurde die „Ostkunde“ als Unterrichtsprinzip, d. h. allen Unterricht durchdringend, eingeführt und in Schleswig-Holstein 1953 beschlossen (wo Herr von Harnel, weiland Ministerpräsident, allen führenden Mitarbeitern des nazistischen Ministeriums für Volkshilfe leitende Stellenungen sicherte). Hier mischen sich nazistische Lebensraumideologie und Hallsteindoktrin der Gegenwart. Schon vor Jahren unternahm man kräftige Anstrengungen, um in den Köpfen der Jugendlichen etwas einzupflanzen, eine „Heimat“, die sie selbst kaum mit eigenen Augen gesehen hatten. Ein Schulabgänger muß in der Schularbeit von der Flucht berichten, wie es ihm erzählt worden war: (1) „An seine Heimat kann er sich kaum noch erinnern.“ (2) „Das war 1951! Zehn Jahre später ist es nicht leichter geworden, Revanchegedanken wegzuhalten. Der Unterricht allein genügt nicht. Große Summen von Mitteln für „Heimattreffen“, Uniformen, Fahnen und Klirnbild werden ausgeworfen: Bonner Minister müssen als Redner in Aktion treten.“

3. Für den westdeutschen Geschichtsunterricht ist Volkseindlichkeit charakteristisch. In den Lehrbüchern wird Partei für die Sklavenhälter wie für die Mörder der Pariser Kommunisten 1871 und für die Interventionen und Weißgardisten im Kampf gegen Sowjetrußland ergriffen. Nur ein Beispiel dafür: „Unterdessen war in Italien ein Sklavenkrieg ausgebrochen... Mordend und sengend durchzogen die Sklaven das Land.“

4. Von den Kriegsverbrechen ist kaum die Rede. Es wird immer stärker der Eindruck erweckt – auch wenn man das in den

nen Rahmen (dem Rahmen des griechischen Stadtstaates – W.) wird die Freiheit des Individuums geboren... Deutlich setzt sich Europa vom Alten Orient ab.“ Es ist die Aufgabe gestellt, „den Quellströmen der auf dem Boden der Antike und des Christentums erwachsenen europäischen Gemeinschaft erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Das Mittelalter bietet für derlei „Theorien“ genügend Ansätze: Otto I., der „Hüter des Abendlandes gegen den Osten“, habe ein Reich hinterlassen, das „ein Modell der Vereinigten Staaten von Europa sein könnte“.

Die wenigen Beispiele zeigen, daß der Antikommunismus in vielfältiger Form in den Geschichtslehrbüchern der Bundesrepublik auftritt, daß die Fälschungen und Unwissenschaftlichkeiten die gesamte Geschichte vom Altertum bis zur Gegenwart betreffen, daß man sich aller möglichen Mittel bedient (historische Schundliteratur, Filme usw. wurden hier nicht aufgeführt).

Nummehr an perspektivisches Denken gewöhnt, gehen wir nicht fehl, uns auf die Auseinandersetzung mit diesen falschen Anschauungen einzurichten. Die massive, unwissenschaftliche Propaganda auf geschichtlichem Gebiet hat zweifellos ihre Auswirkungen auf die westdeutsche Jugend gehabt und hat sie noch heute. 1961 stellte eine Münchner Illustrierte nach einer durch Ausländer in Wiesbaden durchgeführten Befragung von Schülern fest, daß

- 71 Prozent die Russen und
- 46 Prozent die Franzosen hassen,
- 38 Prozent gegen die Juden und
- 29 Prozent gegen die Engländer Haß hegen.¹⁴



Eine zur gleichen Zeit erschienene wissenschaftliche Arbeit bringt in einer Analyse über das Geschichtswesen in 18 Schulklassen verschiedener Typen erschreckende Tatsachen zutage. Von je drei schriftlichen Arbeiten fanden sich in zweien positive Aussagen über Hitler: „ein großer Führer“ oder „Heerführer“, „Erbauer des Olympiastadions“ und der Autobahnen. In keinem Aufsatz war die Rede von den Hintermännern, die Hitler an die Macht brachten.¹⁵

Angesichts dessen, daß es meist Jugendliche sind, die in Westberlin an der Mauer randalieren, Tunnel graben und Grenzsoldaten ermorden, und daß die antikommunistische Hetze, raffiniert geworden und bunt schillernd verpackt, auf vollen Touren läuft, haben wir keinerlei Grund, den Zustand des historischen Bewußtseins der westdeutschen Jugend zu beschönigen.

gehalten, die Breschen in die antikommunistische Mauer schlagen. Es wird die Bezeichnung DDR ohne Anführungszeichen und nicht „Sowjetzone“ benutzt. Leider stehen diese mutigen Leute noch ziemlich isoliert und müssen zudem mit vorzeitiger Pensionierung, Mikrokreditierung, wenn nicht schlimmeren Maßnahmen rechnen.

Wir geben kaum fehl in der Annahme, daß der materielle Notstand im westdeutschen Schulwesen unter dem Druck der Verhältnisse in absehbarer Zeit gemildert, wenn nicht überwunden werden kann. Der geistige Notstand jedoch verlangt prinzipielle Änderungen. Hier helfen keine noch so gut gemeinten organisatorischen Maßnahmen. Wie im westdeutschen Staatswesen im ganzen, so steht auch im Geschichtsunterricht die Notwendigkeit vor der Bevölkerung der Bundesrepublik, eine inhaltliche Neuorientierung zu erzwingen, militärisches und revanchistisches Gedankengut zu beseitigen.

Unser Anteil dabei ist einmal die Auseinandersetzung mit antikommunistischen und undemokratischen Erscheinungen. Die Hauptsache jedoch ist die Verbreitung unseres wahrhaft nationalen historischen Denkens, ist unsere progressive Prägung und unsere exakte Forschung. Die mächtige ökonomische Stärkung unserer Republik und die Festigung unseres sozialistischen Bewußtseins, an dem das marxistische Geschichtsbild einen bedeutsamen Anteil hat – das sind unsere wichtigsten Aufgaben.

¹⁴ Vgl. G. Loazek/Syrrbe „Einheit“ Nr. 1/1964, S. 112 ff.
¹⁵ Vgl. H. Schneider „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ Nr. 2/1964, S. 97 ff.
¹⁶ K. Mielke, Internationale Jb. f. Geschichtswiss., Braunschweig, Bd. V, S. 5.

¹ Vgl. Auf den Spuren der Ostforschung, Karl-Marx-Universität, Sonderband I.
² Vgl. Erlass des Kultusministers von Schleswig-Holstein, 23. 7. 1953, Nachrichtenblatt Nr. 16/53, S. 122.
³ Der Mensch im Wandel der Zeiten, Ausg. A, für Hesses, Braunschweig 1955, S. 228.
⁴ Vgl. R. Glühner/G. Harig, „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“, H. 1/1964, S. 81 ff.
⁵ Zitiert ebd., S. 80 f.
⁶ Demals und heute, Stuttgart 1960, S. 124, 128, S. 129, S. 130-131.
⁷ K. Lothar, Geschichte der alten Welt, Stuttgart 1956, S. 47.
⁸ M. Kirmse-Nob, Geschichte des Altertums, Stuttgart 1956, Vorwort.
⁹ G. Koch, Otto I., die Nato und die Moral, „Sonntag“ v. 11. 2. 1962, S. 4.
¹⁰ „Revue“, München, v. 21. 6. 1961.
¹¹ W. Rupperts, Zur Psychologie des Geschichtsunterrichts, Stuttgart 1961, S. 121 ff.
¹² Frankfurt/M., 1952.
¹³ Geschichte für die Jugend, Bd. 1, Stuttgart 1960, S. 31.
¹⁴ E. Heumann/R. Herdt, Unser Weg durch die Geschichte, Frankfurt/M., 1961.